

Positionspapier GRÜNE Stadt und Region St. Gallen

St. Gallen, 24.04.2020

Corona trifft nicht alle gleich

Noch immer sind wir täglich mit den Einschränkungen des Corona-Lockdowns konfrontiert. Doch der Umfang der Krise wird erst in den kommenden Wochen ersichtlich werden – wenn die Schulen wieder starten, wenn die Geschäfte wieder öffnen und das öffentliche Leben wieder zunimmt. Denn diese Krise trifft nicht alle gleich: Während die einen im home-office weiterarbeiten und die freien Abende im Garten geniessen, wurden andere in wirtschaftlich prekäre und in sozial belastende Situationen gebracht. Mit der schrittweisen Rückkehr in die Normalität müssen diese Folgen abgeschätzt und gezielt darauf reagiert werden. Die Stadt wird stark gefordert sein, das soziale Netz aufzuspannen und die Existenz aller Personen zu sichern.

Die GRÜNEN der Stadt St. Gallen haben sich an ihrer letzten Sitzung mit den Folgen der Corona-Krise auseinandergesetzt und sehen in folgenden Bereichen Handlungsbedarf:

Gewerbliche Mieten erlassen

Läden, Gastrobetriebe, Fitnesscenter: Sie alle haben in den letzten Wochen einen grossen Teil ihrer Einnahmen verloren. Die Fixkosten wie Mieten, Löhne und Versicherungen aber bleiben. Der Lockdown bedroht viele kleine Betriebe existenziell. Seit Jahren versucht die Stadt, dem Ladensterben entgegenzuwirken und die Innenstadt aktiv zu beleben. In der aktuellen Krise drohen Ladenschliessungen in einem nie dagewesenen Ausmass. Die Stadt St. Gallen ist deshalb in der Pflicht, die betroffenen Gewerbetreibenden zu unterstützen. Sie vermietet mehrere Dutzend Geschäftsliegenschaften. **Die GRÜNEN fordern, dass die Stadt als verantwortungsvolle Vermieterin den Gewerbetreibenden die Mietkosten für die Zeit, in der die Geschäfte zwangsgeschlossen wurden, zu mindestens 2/3 erlässt.** Zudem soll eine Stundung auch des reduzierten Mietzinses für die kommenden Monate möglich sein, sofern die Umsatzzahlen über den Sommer dies erfordern.

Bildung – close the gap

Die Schulen haben in extrem kurzer Zeit einen Fernunterricht aufgebaut. Dabei haben die Lehrpersonen grosse Flexibilität bewiesen und sich weitgehend auf eigene Initiative mit den Tools für digitales Unterrichten auseinandergesetzt. Zuhause haben viele Eltern enorme Arbeit geleistet, indem sie ihre Kinder beim Lernen unterstützt haben. Die Umstellung des Unterrichts auf digitale Instrumente hat viele Chancen zur Fortführung der Unterrichtsarbeit im Fernunterricht eröffnet. Es haben sich aber auch Schwierigkeiten ergeben. Die GRÜNEN sind der Meinung, dass die Chancen weiter genutzt und entstandene Nachteile möglichst vermindert werden sollen. Nicht alle Familien

haben die gleichen Möglichkeiten und Ressourcen zur Verfügung. Viele Kinder, die schon unter normalen Umständen benachteiligt sind, konnten nur wenig vom Heimunterricht profitieren. Die GRÜNEN fordern Massnahmen, um die Chancen der benachteiligten Schüler*innen zu verbessern:

- Die Sicherstellung der individuellen Betreuung von Schüler*innen und die Abmilderung von Bildungslücken soll mit dem **Einsatz von kurzfristigen Unterrichtsassistenzen oder zusätzlichem Nachhilfeunterricht während einer Zeit von drei bis vier Monaten** entschärft werden können.
- Ein **Bildungsangebot während der Sommerferien**: Da viele Eltern während des Lockdowns einen Grossteil ihrer Ferien beziehen mussten und in diesem Jahr internationale Ferien kaum möglich sein werden, sollen die Kinder die Möglichkeit bekommen, unter didaktischer Betreuung einen Teil des Stoffes während den Sommerferien zu repetieren. Das Angebot soll ergänzt werden durch Freizeitaktivitäten.

Die Erfahrungen, welche die Schulen im Fernunterricht gemacht haben, sollen genutzt werden, um den Unterricht mit digitalen Tools weiterzuentwickeln. Dazu braucht es entsprechende Weiterbildungsangebote für die Lehrpersonen und Schulleitungen.

Finanzfolgen

Die Corona-Krise wird ihre Spuren auch im städtischen Finanzhaushalt hinterlassen: Steuerausfällen auf der einen Seite stehen zusätzliche Ausgaben auf der anderen Seite gegenüber. Die GRÜNEN sehen den Entwicklungen mit Besorgnis entgegen – insbesondere, da Mindereinnahmen in Millionenhöhe durch die letztjährige Steuerfussenkung und die Umsetzung der STAF den Haushalt belasten. **Die GRÜNEN werden am kommenden Dienstag im Stadtparlament eine Prognose der Finanzentwicklung fordern.** Die Refinanzierung der Corona-Folgen muss sorgfältig in den laufenden Budgetprozess miteinbezogen werden. Ist eine Neubeurteilung der geplanten Investitionen notwendig, fordern die GRÜNEN eine klare Priorisierung zugunsten des ökologischen und klimatischen Mehrwertes. Durch die Coronakrise ist die Klimakrise nicht gebannt. Die Gefahr besteht vielmehr, dass die ausschliessliche Fokussierung auf die gegenwärtige Krisensituation zur Vernachlässigung der Herausforderungen der Klimakrise führt.

Information in allen Sprachen

Die Stadt hat zu Beginn des Lockdowns gut kommuniziert, indem sie einen Brief an alle Einwohner*innen der Stadt geschickt hat. Allerdings wurde dieser Brief ausschliesslich in Deutsch verschickt und war darum für viele Menschen nicht verständlich. Gerade fremdsprachige Menschen wären in dieser Situation dringend auf eine offizielle Information angewiesen. Viele von Ihnen haben sich an den Verlautbarungen der Behörden ihrer Heimatländer orientiert und z. B. ihren Kindern verboten, nach draussen zu gehen. Die GRÜNEN sehen hier ein grosses Verbesserungspotenzial. Sie

fordern die Stadt auf, ihr **Kommunikationskonzept so zu überarbeiten, dass alle Bewohner*innen in ihrer Muttersprache rasch und zielgerichtet informiert werden**. Als Vorbild kann der Bund dienen, der im Zusammenhang mit der Krise u.a. auch die Information für Gehörlose forciert hat.

Co-Working Spaces

Tausende St.Galler*innen haben in den letzten Wochen im Home Office gearbeitet, anstatt zu ihrem gewohnten Arbeitsplatz in eine andere Stadt zu fahren. Eine Folge davon ist der massiv reduzierte Fernverkehr auf den Autobahnen und in den Zügen. In ökologischer Hinsicht ist dies ausgesprochen positiv: Es wurde weniger Energie verbraucht und weniger CO₂ ausgestossen. Diese Entwicklung soll weiter gefördert werden. Aber nicht alle haben die Möglichkeit, über lange Zeit einen Arbeitsplatz zuhause zu betreiben. Andererseits gibt es in der Innenstadt viele leerstehende Geschäftsräume. Hier könnten Arbeitsplätze investiert werden, die von Einzelpersonen oder Organisationen gemietet werden können. **Die GRÜNEN schlagen vor, dass die Stadt nach Möglichkeiten sucht, eine solche Entwicklung zu fördern. Z. B. kann sie eigene leerstehende Liegenschaften entsprechend umrüsten und zur Miete anbieten.**